



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

2/VI/27

1. Februar 1951

Kinweise
auf den Inhalt:

Dr. Schumachers Brief an den Kanzler	S. 1
Die Entwicklung in Finnland	S. 3
Das Problem der Lehrstellen	S. 4

Auf der richtigen Ebene

F.R. Die westlichen Alliierten und ihr russischer Gegenspieler selbst sollen anstelle der von ihnen mehr oder weniger abhängigen Deutschen den Versuch machen, die Voraussetzungen für die Wiederrichtung eines einigen Deutschland zu schaffen. Das ist der Sinn des Briefes, den der Führer der Opposition, Kurt Schumacher, an den Bundeskanzler geschrieben hat. Er rückt das Kernproblem wirklich in die Mitte oder, wenn man will, in den Vordergrund der ganzen Überlegungen um die Wiederherstellung der deutschen Einheit.

Es ist gut, daran zu erinnern, dass der Osten die gleiche Frage der Vorbereitung und Durchführung von freien, allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen, die den Inhalt des Schumacher-Briefes ausmacht, nur ganz am Rande behandelt. Das ist kein gradueller, sondern ein wesentlicher Unterschied. Denn jede freie Wahl, die angehängt ist an vorangehende Massnahmen und Fakten (Bildung eines paritätisch zusammengesetzten konstituierenden Rates und einer provisorischen Regierung) und diese nicht vielmehr erst begründet und folgen lässt, ist ohne Wert.

Man hat sich auch in Westdeutschland darüber gewundert, weshalb die ostzonalen Stellen ein Angebot wie das von freien Wahlen in ganz Deutsch-

land gemacht haben, obwohl sie doch genau wissen, dass eine solche Wahl für sie und ihr System tödlich sein würde. Die Erklärung liegt eben darin, dass solche freien Wahlen nach der erwiesenen Praxis des sowjetischen Systems in ganz Osteuropa belanglos und ungefährlich sind, wenn sie erst der Schaffung politischer Tatbestände unlegitimierten, diktatorischen Charakters folgen. Diese haben sich noch immer als so hart erwiesen, dass spätere Korrekturen durch Wahlen ausblieben.

Neben dem Nachdruck, der auf die absolut primäre Bedeutung von freien Wahlen gelegt wird, ist das Wesentliche des Schumacher-Briefes die Verlagerung einer Lösungsmöglichkeit auf die allein realistische Ebene von Vierer-Besprechungen. Hätten noch Vorschläge und Abmachungen, soweit sie von Seiten der deutschen Bundesrepublik in einem internen deutschen Gespräch getroffen würden, ihre, wenn auch durch den Fortbestand der Besetzung beschränkte Bedeutung, so wären sie auf der Seite der absolut abhängigen Ostzonenvertreter völlig wertlos, die im unmittelbarsten und direktesten Sinne nur Sprecher ihrer Besetzungsmacht sind. Es hat nun einmal keinen Sinn, mit Leuten über lebenswichtige Fragen zu verhandeln, die ohne die geringste Vollmacht sind, die weder die Möglichkeit, noch auch mehr die Fähigkeit zu einem selbständigen Urteil haben und denen man ausserdem nach allem, was geschehen ist, die aufrichtige Gesinnung absprechen muss.

Mit der Vorbereitung und Durchführung freier Wahlen in ganz Deutschland auf dem Wege, den Schumacher jetzt vorgeschlagen hat, wird dieses Problem auf die richtige Ebene gehoben und die einzige Möglichkeit einer Lösung angedeutet, ob man sie nun für gering hält oder nicht.

+ + + + +

Finnlands neue Koalition

Von unserem skandinavischen K.V.-Korrespondenten.

Ausserlich gesehen erweckt die kürzlich vorgenommene Regierungs-umbildung in Finnland den Anschein der Stabilität. Nach zwei Minderheitsregierungen, die seit dem Sommer 1948 am Ruder waren, ist zum ersten Male wieder eine Regierung ins Leben getreten, die über eine solide parlamentarische Mehrheit verfügt, und in der neben der Agrarpartei die Sozialdemokratie sowie die beiden kleineren bürgerlichen Mittelparteien vertreten sind. Von den insgesamt 200 verfügt die Regierung über 129 Reichstagsmandate. Dass die Kommunisten ausserhalb der Regierung stehen, das verstärkt ebenfalls den Eindruck einer inneren Stabilität.

Das alles scheint aber nur so. Man kann nicht übersehen, dass Dr. Kekkonen gegen seinen Willen die Sozialdemokratie in die Regierung aufgenommen hat. Der Regierungschef hatte kurz vor Weihnachten die gleiche Zusammensetzung des heutigen Kabinetts scheitern lassen mit der Begründung, dass er nicht wünsche, durch eine Regierungsumbildung das Verhältnis zur Grossmacht im Osten zu trüben. Auch heute, nachdem diese Regierungsumbildung Dr. Kekkonen mehr oder weniger von führenden Kräften ausserhalb seiner Partei aufgezwungen worden war, verrät er offen in seinen Reden, dass sie seinen Intentionen nicht entspreche. Immer noch schwebt Dr. Kekkonen eine Hereinnahme der Kommunisten in die Regierung vor, ein agrarisch-kommunistisches Bündnis, bei dem die für eine Mehrheitsbildung notwendigen Sozialdemokraten nur eine Statistenrolle spielen sollen. Diese Konzeption von Dr. Kekkonen ist ungebrochen und sie gefährdet den moralischen Zusammenhalt in der jetzigen Regierung.

Die Sozialdemokraten haben heute alle Posten inne, die mit den Stabilisierungs-, Lohn- und Preisfragen zusammenhängen. Für die inzwischen eingetretene Teuerung ist eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 10% vorgesehen, doch ist es fraglich, ob Löhne und Gehälter erneut an den Index gebunden werden. Das Hauptgewicht wird deshalb darauf gerichtet werden müssen, in kürzester Zeit das Preisniveau zu stabilisieren und so eine Beruhigung im Wirtschaftsleben herbeizuführen.

Ende April finden in Finnland allgemeine Gewerkschaftswahlen

statt, die als Prüfstein dafür gelten, ob es inzwischen der Sozialdemokratie in der Regierung gelungen ist, eine Atmosphäre der Beruhigung in der Wirtschaft herbeizuführen. Diese Wahlen entscheiden darüber, ob die finnische Sozialdemokratie wie bisher die Führung in den Gewerkschaften beibehält, oder ob die Führung wie vor 1947 erneut auf die Kommunisten übergeht. Der zahlenmässige Vorrang der Sozialdemokraten (in den Gewerkschaften) ist nicht überwältigend. Dazu kommt, dass die verflochtenen zehn Monate, seit Kekkonen zur Macht gekommen war, von Preissteigerungen, grossen Streikwellen und einem erneuten Ansteigen des kommunistischen Einflusses bei den Gemeindewahlen im Oktober vorigen Jahres gekennzeichnet waren. Die Kommunisten wissen sehr wohl, was bei den Gewerkschaftswahlen auf dem Spiele steht. Sie werden ihre Anstrengungen verdoppeln, und ob der Regierungschef selbst so viel Überwindung auferingt, nicht durch Gegenmassnahmen auf dem agrarischen Sektor die Stabilisierungsbestrebungen der sozialdemokratischen Minister zu sprengen, ist durchaus nicht selbstverständlich.

 Jugend auf der Strasse
 =====

(sp) Im vergangenen Jahre wurde erst kurz vor Ostern der zur Entlassung kommenden Jugendlichen gedacht. Es war bereits zu spät, um noch grosszügige Aktionen zu starten. Das hat sich bitter gerächt. Es war von vornherein klar, dass bei weitem nicht alle schulentlassenen Jungen und Mädchen untergebracht werden konnten, aber wäre rechtzeitig das Notwendige von Bundesseite aus getan worden, dann hätte doch ein beträchtlicher Teil Jugendlichen in Lohn und Brot und damit von der Strasse kommen können.

Während im letzten Jahre etwas über eine halbe Million Jugendliche die Schule verliessen, sind es in diesem Jahre schon über 600 000. Diese Zahl wird bis zum Jahre 1954 noch auf 800 000 steigen, was wieder mit einem Absinken gerechnet werden kann. Allerdings wird bereits 1956, weil es sich um den ersten Kriegsjahrgang handelt, die Zahl der Schulentlassenen nur noch 180 000 betragen. Dann wird ein beachtlicher Lehrlingsmangel eintreten; heute freilich muss man sich zunächst noch mit der schwierigen Unterbringung befassen.

Im Sommer und Herbst des vergangenen Jahres war man allgemein

der Auffassung, dass sich die Berufsnot der Jugendlichen durch die günstige Entwicklung des Aussenhandels und besonders auch durch die fortschreitende Vergrösserung der Produktionskapazität von selbst lösen würde. Indes hat sich die Lage aber gewaltig verschlechtert. Der industriellen Entwicklung sind durch Verknappung der Rohstoffe Schranken gesetzt worden, von der Verteuerung ganz zu schweigen. Das beste Beispiel für die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage bilden Vergleichszahlen vom Januar 1950 und 1951. Während der Arbeitsmarkt am 15.1.1950 "nur" 1,78 Mill. Erwerbslose verzeichnet, sind es in diesem Jahre schon über 1,92 Millionen. Diese Situation trifft die Jugend ganz besonders schwer, kommt doch Ostern zu den im letzten Jahr ohne Arbeitsplatz gebliebenen Jugendlichen wieder eine beängstigende Zahl dazu.

In vielen Familien wird sich das Elend noch vergrössern und die Hoffnung, wenigstens die Sorge um die schulentlassenen Kinder los zu sein und einen kleinen Beitrag in die Haushaltskasse zu bekommen, wird immer geringer. Gerade für die Jugendlichen birgt Arbeitslosigkeit eine Menge sittliche Gefahren, von der seelischen Not ganz abgesehen.

Nach den bisherigen Erfahrungen kann man erwarten, dass etwa die Hälfte der zur Entlassung kommenden Jugendlichen eine Arbeitsstelle finden wird. Unter den augenblicklichen Umständen kann es sich dabei aber nur um ein Maximum handeln. Während die industriell entwickelten Länder, wie z.B. Nordrhein-Westfalen in der Unterbringung Jugendlicher kaum Schwierigkeiten haben werden, sind die Berufsaussichten in den Flüchtlingsländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern sehr gering.

Im vergangenen Jahr verabschiedeten einige Länder in aller Eile Gesetze, die die vorübergehende Einführung eines neunten Schuljahres vorsahen. In der Praxis hat sich diese Einführung gut bewährt, aber die Jugendlichen können nicht ewig in der Schule bleiben, auch wenn zunächst ein Teil erst einmal von der Strasse verschwindet. Es ist eine Notlösung, die schnelligst durch planende Massnahmen abgelöst werden muss. Im letzten Jahre haben die Spitzenorganisationen der Industrie im März aufgerufen, möglichst vielen jungen Menschen eine Lehrstelle und einen Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen. Angesichts der grösseren Not in diesem Jahr ist es notwendig, das Problem rascher und großzügiger anzupacken.

+ + + + +

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt